

Bericht aus dem Bundeshaus

Sondersession Mai 2004 Sommer-Session 2004

Asylgesetz, Ausländergesetz, Legislaturziele, Goldreserven, Cannabis-Freigabe – der Nationalrat behandelte brisante Geschäfte und behielt kühlen Kopf. Die Wahlen zeigen Nachwirkungen: Die Sieger rechts und links sind nicht bereit nachzugeben, und manchmal gibt es unheilige Allianzen zwischen Links und Rechts.

Für die Sondersession im Mai sind vor allem zwei Schwergewichte traktandiert: Das Asyl- und das Ausländergesetz. Schwerste politische Auseinandersetzungen gingen voraus, Wahlgeplänkel, Schachzüge in der Staatspolitischen Kommission, der ich als Mitglied angehöre. So bin ich gesetzt, den Lead für die Fraktion zu übernehmen. Eine strenge Woche mit kurzen Abstimmungsintervallen, die kaum eine Pause zulassen. Doch letztlich dank den Kommissionssprechern eine effiziente und gute Verhandlung. Dazu die NZZ vom 4. Mai 2004: "Einmal mehr ruhen die Hoffnungen auf der politischen Mitte. Die Votanten von FDP und CVP äusserten sich mit bemerkenswert kühlem Kopf, und wenn sogar der EVP-Fraktionssprecher die Revision als differenziert und verhältnismässig beurteilt, dann wird sie wohl kaum das Ende der humanitären Tradition der Schweiz einläuten."



Wer aus einem sicheren Drittstaat in die Schweiz einreist, soll kein Asyl bekommen.

Im Grundsatz regelt das Asylgesetz die Aufnahme von Menschen, die an Leib und Leben bedroht sind. Für solche Leute hat das Schweizer Volk immer ein Herz gehabt. Nicht vorgesehen ist, dass das Asylgesetz dazu benutzt wird, um auf dem Umweg Aufenthalt und Erwerbstätigkeit in der Schweiz zu erreichen. Die Probleme sind hinreichend bekannt, weniger aber die offensichtlichen Fortschritte der Verwaltung bei der Abwehr missbräuchlich gestellter Gesuche, bei der schnelleren Behandlung von Gesuchen, bei der Rückführung abgewiesener Personen und beim Abbau von Anreizen, die zu einer Umgehung des Asylgesetzes führen könnten. Noch nicht gelöst sind vor allem die Vollzugsprobleme in den Kantonen und Gemeinden. Dort gilt es, Frustpotenzial abzubauen. In meinem Beitrag zum Eintreten nenne ich Wege zur Lösung des Asylproblems: eine restriktive gesetzliche Regelung mit einem gewissen Spielraum für die Behörde (Härtefälle), kurze Fristen, beschränkte Beschwerdewege, abschreckende Strafbestimmungen, ein konsequentes Vorgehen gegen illegal Anwesende, das vorgeschlagene Modell der humanitären Aufnahme und den Abbau von finanziellen Anreizen.



Liebe Freunde

Reformstau – eine neue Wortschöpfung breitet sich aus. Nach dem Nullentscheid beim Krankenversicherungsgesetz die Blockade bei den Legislaturzielen, das Nichteintreten zum Betäubungsmittelgesetz und schliesslich beim Ausländergesetz? Das Politisieren ist schwieriger geworden. Die Wahlen lassen grüssen! So haben es die Wählerinnen und Wähler gewollt.

Auch im Bundesrat scheint das Recht des Stärkeren zu gelten. (Und wenn man den Kollegen schwächen will, sorgt man für Indiskretionen.)

Haben das die Wählenden wirklich gewollt? Die Frage müssten Sie mir beantworten. Vielleicht kommt die Antwort erst in den Wahlen 2007. Ich glaube nicht, dass sich die Akteure bis dann mässigen werden. Denn letztes Mal gewannen ja die Kampfzügler...

Die Moral von der Geschichte? Man sagt mir, wir müssten mehr Profil zeigen. Mein Profil soll Wahrheit und Liebe sein. Und das ist eigentlich schön: Selbst zu Kolleginnen und (vor allem) Kollegen mit extremem Profil kann man menschliche Kontakte haben, wenn man sie liebt.

*Danke, dass Sie mich dabei unterstützen!
Ihr*

Mit der Behandlung des Asylgesetzes bin ich im Grossen und Ganzen zufrieden. Wir brauchen ein schärferes Regime, wenn die Schweiz nicht zum Asyl-Paradies in Europa werden soll. Wir brauchen Spielraum für Härtefälle. Und wir haben der humanitären Aufnahme zugestimmt. Sie gilt für Personen, die nicht zurückgeführt werden können, die keine Probleme boten, die also schutzwürdig sind (aber kein Asyl bekommen). Die humanitäre Aufnahme wird nicht gewährt, wenn jemand straffällig wurde oder die Wegweisung durch Verschleierung der Identität oder Zerstörung seiner Ausweispapiere behindert.

Was regelt das Gesetz?

Ausländergesetz

- Aufenthalt mit und ohne Erwerb
- Familiennachzug
- Integration (Pflichten!)
- Ausschaffung

(Ziel: Integration)

Asylgesetz

- Drittstaaten
- Asylverfahren
- Rechtsstellung Aufgenommener
- Erwerbstätigkeit
- Rückführung

(Ziel: vorläufiger Schutz)

Bürgerrechtsgesetz

- Einbürgerungen

Weitere Gesetze

- zB Schwarzarbeit

Da gaben wir den Ausschlag

Asylgesetz: Dank den EVP-Stimmen können zur Feststellung der Identität keine DNA-Daten beigezogen werden (95:92 Stimmen).

Asyl: Unsere Fraktion ermöglicht die Erstellung eines Altersgutachtens, wenn Hinweise darauf bestehen, dass eine angeblich minderjährige Person das Mündigkeitsalter hat (85:84 Stimmen).

Und mit den EVP-Stimmen (95:91) wird entschieden, dass Einreisende am Flughafen oder an einem anderen geeigneten Ort während 60 Tagen festgehalten werden können (nötig für Abklärungen).

Mit 76:74 Stimmen entscheiden die EVP-Vertreter am ersten Tag der Sommersession einmal mehr, dass der Mindestzinssatz bei BVG-Sanierungen nicht unterschritten werden darf. Die Mitsprache der Rentner und Rentnerinnen allerdings vermögen wir nicht mehr zu sichern (77:74 Stimmen). Die Einigungskonferenz muss jetzt eine abschliessende Lösung finden, damit das Gesetz in die Schlussabstimmung kommen kann.

In der zweiten Sessionswoche liegt das Resultat der Einigungskonferenz vor: Der knappe Nationalratsentscheid führt zum Ergebnis, dass der Mindest-Zinssatz um höchstens 0,5 Prozent unterschritten werden darf. Immerhin!

Um das BAZL (Bundesamt für Zivilluftfahrt) entbrennt ein Streit. Mit der Kürzung von 15 Stellen kann man Bundesrat Leuenberger eins ans Bein geben. Der Ständerat hat weniger Emotionen und denkt an die Sicherheit. In der Differenzbereinigung (88:82) verhelfen wir der Vernunft zum Sieg.

Ausländergesetz, Artikel 66: Mit 81:78, also mit den Stimmen unserer Fraktion, kommt ein Antrag durch. Er ermöglicht es dem Bundesamt, ein Einreiseverbot zu verfügen, wenn jemand wegen einer Scheinehe schon einmal weggewiesen wurde.

Europäer sind neu Inländer

Auch zum Ausländergesetz wird noch in der Sondersession Eintreten beschlossen. Im Juni wird es fertig beraten und dann "mit Hängen und Würgen" auf den Weg zum Ständerat geschickt (siehe mein Votum S. 4). Meinen Kollegen Philipp Müller (FDP AG) erfahre ich nicht so extrem wie sein Ruf vermuten liess. Verbissen ist er schon. Einige seiner Anträge sind aber beachtenswert. Wegen des Freizügigkeitsabkommens mit der EU werden EU/Efta-Bürger künftig als "Inländer" behandelt. Dieses duale System (welches Leuten von ausserhalb dieser Grenzen nur unter sehr strikten Bedingungen den Zugang in die Schweiz ermöglicht), stösst der SP sauer auf. Sie und die Grünen verweigern sich pragmatischen Lösungen – und öffnen damit sogar Türen für die Absichten der Rechten! Die hauptsächlichen Veränderungen im Ausländergesetz:

- a) Freizügigkeit EU/Efta / Restriktion ausserhalb (Zugang nur aufgrund spezieller Qualifikation, Ausnahme: Tourismus/Landwirtschaft)
 - b) Verbesserung für Zugelassene (Aufenthalt, Familiennachzug)
 - c) Verbesserte Integration (Landessprache lernen)
 - d) Repression verschärft (Schlepper, illegale Beschäftigung, Haft)
 - e) Scheinehen bekämpfen (mehr Kompetenzen für Zivilstandsbeamte)
- Auch das Ausländergesetz muss vom Ständerat nachbearbeitet werden. Meine Akten bleiben pendent (Differenzbereinigung zu erwarten).



Gruppenbild mit Ehepartner. Die EVP/EDU-Fraktion vor dem Bundeshaus: Ruedi Aeschbacher, Markus Wäfler, Christian Waber, Walter Donzé, Heiner Studer.

Start Sommersession: Neuaufgabe für die Familie!

Die Session beginnt am Pfingstdienstag. Übers Wochenende war ich am überparteilichen Politseminar der VBG in Rasa. Wir unterhielten uns intensiv über biblische Werte zur Politik. Mein Teil als Referent bestand darin, die praktische Umsetzung unserer Ideale in die reale (Sach-)Politik aufzuzeigen. Zwar fehlte mir das Wochenende (Ausspannen, Familie), aber es ist eben auch wichtig, dass wir uns geistlich weiterbilden!

Ich habe es im Abstimmungskampf versprochen und gehalten: Bei Ablehnung des Steuerpakets setze ich mich für eine unverzügliche Wiederaufnahme der Familienanliegen ein. Meine Motion will, dass der Bundesrat unverzüglich eine neue Familienvorlage bringt. Diese darf nicht mit anderen Vorhaben verkoppelt sein und soll einen Kinderabzug vom Steuerbetrag (und nicht vom steuerbaren Einkommen) vorsehen. Erstaunlicherweise werden wir in den Medien ausgiebig erwähnt. In der Berner Zeitung erscheint ein grosses Bild von mir. (Es stammt allerdings noch aus dem Grossen Rat und lagerte etwa vier Jahre im Archiv...



In der „Berner Zeitung“ werden unsere Bemühungen für die Familie erwähnt, sogar mit einem Bild von mir (Archiv-Foto aus dem Grossen Rat).

Parlament nimmt Aufsicht über die Exekutive wahr

a) Am Beispiel des Geschäftsberichts des Bundesrats:

Jährlich hat der Bundesrat dem Parlament Bericht über seine Tätigkeit zu erstatten. Er stellt dabei seine Jahresziele ins Verhältnis zum Erreichten. Diese Soll/Ist-Bilanz ist aufschlussreich. Die meisten Ziele wurden ganz oder teilweise realisiert, einiges jedoch wurde Opfer von Sparbemühungen, die uns konjunkturell aufgezwungen wurden. Weitere Gründe liegen in anstehenden Volksentscheiden, wenn die eine Vorlage von der anderen abhängig ist. Auch das Bundesgericht legt einen Bericht vor. Der oberste Bundesrichter hatte die unangenehme Aufgabe, noch einmal von der „Spukaffäre“ und ihrer Bewältigung zu reden. Interessant: Bundes- und Verwaltungsgericht hiessen nur etwa 11 Prozent der Beschwerden gut. 50 % der Eingaben werden - aus unterschiedlichen Gründen - abgewiesen. Nach dem Studium der Unterlagen und der Behandlung im Rat muss ich mich schnell von den Unterlagen trennen, sonst müsste ich eine Bibliothek einrichten...

b) Am Beispiel „Legislaturziele“ (siehe auch Spalte rechts)
Vor allem von rechts aussen herrscht eine Meinung vor, das Parlament müsse dem Bundesrat und der Verwaltung „auf die Finger schauen“. Das äusserte sich darin, dass im Parlamentsgesetz die Mitsprache bei der Festlegung der Legislaturziele festgeschrieben wurde. Die Wirkung: sieben Tage Kommissionssitzungen mit Auslegeordnung sämtlicher Parteiprogramme, 86 Minderheitsanträgen aus der Kommission und weiteren Einzelanträgen. Dann zwei volle Tage Behandlung im Plenum, wobei etwa fünf Anträge angenommen und alle anderen abgelehnt wurden. Kostenpunkt zirka eine halbe Million Franken! Und am Schluss ist kaum jemand mit dem Resultat zufrieden; die Vorlage wird mit 87:64 Stimmen abgelehnt. Ausser Spesen nichts gewesen! Der Bundesrat kann sich ins Fäustchen lachen, und das Parlament hat hoffentlich aus der Übung gelernt, dass Aufsicht nicht Dreinreden bedeutet...

Legislaturplanung 2003-2007

Um die Mitsprache des Parlaments zu ermöglichen, legte der Bundesrat seine Strategie in zwei Broschüren vor: seinen eigentlichen Bericht und dazu Erläuterungen, Tabellen und die Vorstösse, die konkret umgesetzt werden sollen und deshalb abgelehnt werden könnten.

Drei Leitlinien gliedern die Ziele der Landesregierung. Die hier angeführten Ziele werden nochmals detailliert:

A. Den Wohlstand vermehren und die Nachhaltigkeit sichern

1. Das Wirtschaftswachstum erhöhen
2. Den Lebensraum nachhaltig sichern
3. Den Ausgleich des Bundeshaushalts dauerhaft sichern
4. Die Handlungs- und Reformfähigkeit des Staates verbessern

B. Die demografischen Herausforderungen bewältigen

5. Die Sozialwerke zukunftsfähig ausgestalten
6. Den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

C. Die Stellung der Schweiz in der Welt festigen

7. Die Beziehungen zur Europäischen Union klären und vertiefen
8. Die internationale Verantwortung wahrnehmen
9. Die Sicherheit gewährleisten

Die Richtlinien der Regierungspolitik und der Legislatur-Finanzplan sind aufeinander abzustimmen. Trotz Entlastungsprogramm 2003 ist mit weiteren Defiziten bis ins Jahr 2007 zu rechnen. Es sind ausgerechnet die Steuersenker, die sich lautstark über die Staatsschulden auslassen...

Motion Donzé

1.6.2004 – Der Bundesrat wird beauftragt, unverzüglich eine neue Vorlage zur Ehepaar- und Familienbesteuerung vorzulegen.

Aus der Begründung: Die Beseitigung der Diskriminierung von Ehepaaren gegenüber Konkubinatspaaren ist endlich zu realisieren. Geprüft soll zudem ein Vollsplitting für Ehepaare werden sowie ein Kinderabzug vom Steuerbetrag. Die Vorlage soll nicht mit anderen Geschäften gekoppelt werden.

Gold für Schuldenabbau oder AHV?

Die zweite Sessionswoche beschert uns die grosse Auslegeordnung über die Verwendung der Goldreserven, die zur Stützung der Schweizer Währung nicht mehr benötigt werden. Grundsätzlich sind das Gewinne der Nationalbank, die nach Verfassung zu zwei Dritteln an die Kantone und zu einem Drittel in die Bundeskasse fließen sollen. Die Idee einer Solidaritätsstiftung (wozu die Kantone auf einen Anteil verzichtet hätten) wurde vom Volk verworfen. Zwei Jahre später liegen die Anträge des Bundesrates, mehrere Standesinitiativen und diverse Vorstösse auf dem

Tisch des Parlaments. 1300 Tonnen Gold, wahrscheinlich zum grösseren Teil inzwischen veräussert, entsprechen einem Wert von zirka 30 Milliarden Franken. Es stellen sich Fragen: Soll das Kapital oder nur dessen Ertrag verteilt werden? Zu welchen Anteilen? Mit welcher Zweckbindung? Einige wollen eine „kreative“ Verwendung, ein ganzes



Wunschkonzert wird veranstaltet. SVP und SP haben sich unter der Hand verständigt: „Heute ist der Tag der AHV!“ Aber ist das klug? Es ist auf jeden Fall nicht nachhaltig! Denn grundsätzlich wird die AHV nicht auf diese Weise finanziert, zweitens machen die Erträge nur etwa 1 Prozent des AHV-Bedarfs aus, und drittens ist es nur ein Zustupf auf Zeit.

Unser Konzept würde dem Bundesrat gefallen: Verfassungsgemäss sollen die Kantone (nach der Verunsicherung durch das Steuerpaket) zwei Drittel der Erträge erhalten. Der Bund könnte über seinen Drittel nach seinem Gutdünken verfügen. Die grossen Befürworter bedenken nicht, dass die jährlichen Erträge von geschätzt 830 Millionen in der Rechnung des Bundes fehlen, wenn dieses Steuergeld der AHV verschrieben wird. Würde der Bund (und möglichst auch die Kantone) seinen Anteil für die Schuldentilgung verwenden, würde der gleiche Betrag (Ersparnis von Schuldzinsen) die laufende Rechnung entlasten. Das wäre nachhaltig und liesse die Freiheit, im ordentlichen Budget die Prioritäten zu setzen. – Sieben Abstimmungen sind nötig, um über die Vorlage des Bundesrates zu beschliessen. Leider geht unser Antrag, den Heiner Studer einreichte, im Prozedere unter. Wir hoffen aber noch auf den Ständerat, für den unser Lösungsvorschlag sehr interessant ist!

Die zweite Vorlage zum Nationalbankgold betrifft die Volksinitiative „Nationalbankgewinne für die AHV“. Sie würde auch künftige Erträge aus der Nationalbank zweckbestimmen. Anfänglich wurde die Idee von Teilen der EVP begrüsst. Allerdings säen wir auch hier auf unsicheren Boden. Ab 2012 rechnet man nur noch mit einer Ausschüttung von zirka 1 Milliarde pro Jahr. Mit dem Entscheid (95:69 Stimmen) für den Gegenvorschlag öffnet der Nationalrat den Weg, dass die SP-Initiative zurückgezogen werden kann. Voraussetzung dazu ist ein gleichlautender Beschluss des Ständerats.

Die EVP-Nationalräte lehnen allerdings auch diesen Gegenvorschlag ab. Er sieht vor, dass die Nationalbankgewinne in einen Fonds geleitet werden, aus welchen je zur Hälfte die Kantone und die AHV begünstigt werden sollen. Das Resultat: zirka eine Milliarde weniger für den Bund. Wir fragen uns: Der Nationalrat kämpft für die AHV, der Ständerat für die Kantone – und wer schaut zu den Bundesfinanzen? Pikantes Detail: Anschliessend an die Behandlung der AHV-Initiative werden Vorstösse behandelt, die die Beachtung der Schuldenbremse und den Abbau von Schulden fordern!

Votum zum BetmG

“Wenn wir EVP-Nationalräte Ihnen empfehlen, beim Nichteintreten (zum Betäubungsmittelgesetz BetmG) zu bleiben, so heisst das nicht, dass wir alles beim Alten belassen wollen. Es heisst auch nicht, dass wir uns feige verweigern wollen. Es heisst schon gar nicht, dass wir Lösungen verhindern möchten.

Wir sind aber der Überzeugung, dass die Liberalisierung das falsche Signal ist und in die falsche Richtung führt. Unsere Fragen in Bezug auf die Schulen, den Strassenverkehr, das Schutzalter und die volkswirtschaftlichen Auswirkungen konnten nicht befriedigend beantwortet werden. Wir haben auch unsere Fragezeichen bezüglich der schweizerischen Drogenpolitik: Die Heroinabgabe, bei aller Anerkennung der resozialisierenden Effekte, hat das Ausstiegsziel verfehlt. Es bleibt letztlich eine Hilfe zur Selbstzerstörung.



Absurd: NR hebt das Absinth-Verbot auf, während er beim Cannabis die Straffreiheit verweigert.

Die Vorlage zum BetmG überzeugt uns nicht. Wir wollen keine Legalisierung durch die Hintertür. Wir meinen, dass Cannabis zunehmend zur gefährlichen Droge wird.

Aber das Wichtigste, wovon noch kaum jemand gesprochen hat, ist das Engagement für die Gefährdeten: Ich kann Ihnen sagen, dass mir einige Jugendliche begegnet sind, die gerne ausgestiegen wären und das nicht mehr schaffen. Freie Menschen sollen nicht abhängig werden, und Abhängige sollen wieder frei werden. Das heisst: Wir müssen den jungen Leuten mehr Zeit schenken, und wir müssen den Leuten mehr Sinn geben. Wir brauchen mehr Herzblut für die Prävention. Nicht eintreten heisst für uns: Wir wollen eine bessere, eine ausstiegsorientierte Vorlage.”

Soll Cannabis straffrei werden?

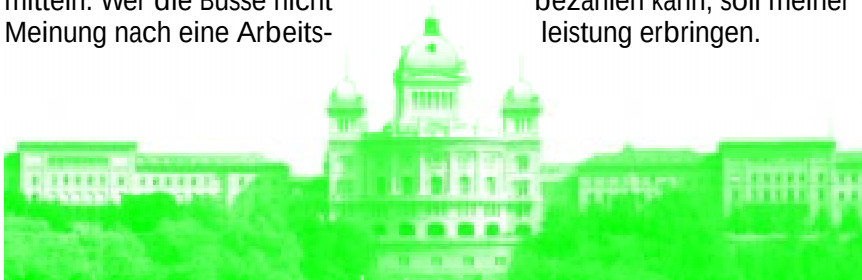
Die dritte ist „meine“ Sessionswoche. Mit meiner Beratergruppe teile ich beim Mittagessen meine Eindrücke. Ich bin froh um ehrliche Rückmeldungen, wohlwollende Kritik und Kraft spendende Ermutigung. Leider haben wir nicht viel Zeit, denn eine Sitzung der „Kerngruppe Feuerwehr“ ist angesagt. Als Präsident des Schweizerischen Zivilschutzverbandes arbeite ich hier mit dem wichtigsten Partner im Bevölkerungsschutz zusammen. Heute wird der neue Zentralpräsident des Feuerwehrverbandes vorgestellt. Von der Sitzung geht es nahtlos ins Ratsplenum. Auf dem Weg begrüsse ich meinen Gast von heute. Heinz Suter hat den Informationsminister von Uganda, Dr. Buturo, in die Schweiz eingeladen. Mit dem Direktor des Bundesamtes für Gesundheit bereiten wir eine Begegnung mit Leuten von der Aids-Kampagne vor. (Das ist nur möglich, weil ich keine Eingabe für die Fragestunde machte. Andernfalls müsste ich im Saal anwesend sein.) Uganda hat mit einer Kampagne, die auch die Treue thematisierte, grosse Erfolge in der Aids-Bekämpfung erzielt.

Heute interessieren sich die Medien nur für ein Thema: Wird der Nationalrat auf das Betäubungsmittelgesetz eintreten? Wird Kiffen straffrei? Die Befürworter haben sogar Polo Hofer ins Bundeshaus geholt, um bei den Medien Aufmerksamkeit zu gewinnen. In den vergangenen Wochen wurden wir mit Zuschriften förmlich bombardiert. Wir lassen uns aber nicht weich klopfen. Die Wende wird bekräftigt. Erneut unterstreicht der Nationalrat, dass er diese Reform nicht will. Ich bin der letzte Fraktionssprecher. Mein Votum dauert nur 2 Minuten, 20 Sekunden. Danach verteidigt Bundesrat Couchepin leidenschaftlich die Öffnung im Gesetz. Der Nationalrat verweigert Eintreten mit 102:92 Stimmen. Am gleichen Abend bin ich mit der Gruppe Schweiz/USA bei der amerikanischen Botschafterin eingeladen. Unterwegs pöbeln mich einige junge Leute an. Ich finde, ich hätte zu ihrem Guten entschieden, auch wenn sie das im Moment nicht verstehen wollen. Bei einem gemütlichen Nachtessen im Garten der US-Botschaft gibt es regen Austausch. Im Gespräch über Gott und die Welt kommt man sich als Mensch (auch dem politischen Gegner) näher. Das widerspricht nicht den engagierten Voten im Rat.

Ein strenger Tag geht zur Neige, als ich zuhause um Mitternacht noch meine Mails öffne. Nach fünf Stunden Schlaf gehts wieder hoch, denn ich werde schon um 07.15 Uhr im Bundeshaus an einer Sitzung erwartet.

Die Arbeit geht uns nicht aus!

Neben dem Ausländergesetz setze ich mich in der letzten Sessionswoche für das Schwarzarbeitsgesetz ein. Überraschend kann ich ein Votum zum Thema Eidgenössische Ombudsstelle abgeben, aber der politische Wille fehlt beim Parlament und beim Bundesrat. Gegen die eingetragene Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare müssen wir das Referendum ergreifen. Unsere persönlichen Vorstösse, ja selbst Parlamentarische Initiativen können nicht mehr behandelt werden. Über 150 Vorlagen wurden in dieser Session behandelt. Etwa 240 Vorstösse wurden neu eingereicht. Darunter sind zwei von mir: die Neuauflage der Familienbesteuerung und eine Anfrage wegen Schwarzfahrens von Sozialhilfeempfängern und Asylbewerbern in den öffentlichen Verkehrsmitteln. Wer die Busse nicht bezahlen kann, soll meiner Meinung nach eine Arbeitsleistung erbringen.



Walter Donzé, Nationalrat EVP, Grassiweg 34, 3714 Frutigen
Tel. P 033 671 29 59, G 033 672 50 10, Mail: walter.donze@parl.ch

Votum zum Ausländergesetz

“Unser Volk hat Ende letzten Jahres ein Parlament gewählt und hat dabei die Akzente links und rechts gesetzt. Es hat die Extreme gestärkt. Die Arbeit im Rat seither und verschiedene Nulllösungen sind das Resultat dieser Wahlen, ich bin mir dessen bewusst.

Dieses gleiche Volk erwartet aber vom Parlament, dass es Lösungen erarbeitet und dass es nicht für den Papierkorb arbeitet. Ich frage mich, ob dieses gleiche Volk nicht am liebsten Neuwahlen ausrufen würde. Profilierung durch «Papierkorbisierung» unserer Arbeit – das hat dieses Volk nicht gewollt. Dutzende von Kommissions-Sitzungstagen, über 30 Stunden Arbeit im Plenum, das ist nicht für den Papierkorb bestimmt!

Ich bitte Sie eindringlich im Hinblick darauf, dass Bundesrat und Ständerat an einer Lösung weiterarbeiten, jetzt dem Gesetz Ihre Zustimmung zu geben und den weiteren Weg durch die Instanzen zu ermöglichen.”

Fraktionsausflug

Über Murten - Yverdon - Lausanne führte unser Fraktionsausflug in die Romandie, wo sowohl EVP wie EDU im Aufbau begriffen sind. Auf dem Programm stand der Kontakt mit Verantwortlichen beider Parteien, aber auch die Besichtigung des Y-Parc (Wirtschaftscluster) in Yverdon.



Präsidenten im Gespräch: Ruedi Aeschbacher (EVP) und Hans Moser (EDU).

So erreichen Sie mich im Bundeshaus:

per Fax 031 322 78 04

per Telefon 031 322 99 11

(Telefon ist weniger geeignet, da ich nicht immer abkömmlich bin. Sie können eine Nachricht hinterlassen – ich rufe zurück, sobald ich frei bin.